

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

4.11.1927 (No. 257)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Menz,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— M. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. ...

Die Aufnahme von Auslandskrediten

Richtlinien für Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
W.D. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Die im Einvernehmen zwischen Reich, Reichsbank und Ländern aufgestellten Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände haben folgenden Inhalt:
Die Länder sind sich darüber einig, daß wirtschafts- und währungsrechtliche Gründe die äußerste Beschränkung bei Aufnahme von Auslandskrediten durch öffentliche Verbände gebieten. ...

Das Besoldungsgesetz im Haushaltsausschuß

W.D. Berlin, 4. Nov. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat heute unter dem Vorsitz des Abg. Weimann (Soz.) die allgemeine Aussprache zum § 1 des Besoldungsgesetzentwurfes fort.
Abg. Lude (W. Vgg.) bemerkt, daß seine Fraktion es lieber gesehen hätte, wenn die alte Besoldungsordnung von 1920 erhalten geblieben wäre unter Einbau neuer Gehaltsätze. ...

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)
Um den Washingtoner Botschafter
M. Berlin, 4. Nov. (Priv.-Tel.)
Die Ernennung des bisherigen deutschen Botschaftsrats in Rom, von Wittwig und Gaffron, zum deutschen Botschafter in Washington, ist zwar öffentlich bekannt gegeben worden, doch fehlt noch bis zur Stunde das Agreement, das jedoch im Laufe des heutigen Tages bestimmt erwartet wird. ...

Passive Resistenz der tschechischen Eisenbahner

Wie gemeldet wird, hat die passive Resistenz der tschechisch-polnischen Eisenbahner heute um 12 Uhr nachts eingeleitet. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern hatte am Donnerstag zu keinem positiven Ergebnis geführt. ...

Wirtschaftliche Umschau

Das Wort „Sparen!“ ist nicht nur ein Imperativ der Nachkriegszeit für den Haushalt der öffentlichen Körperschaften, wir hörten ihn auch in der Zeit vor dem Kriege. Heute muß er freilich mehr denn je eine kategorische Forderung für die deutsche Staatsverwaltung sein. Der Eingriff des Reparationsagenten droht uns Druck von außen an, wenn wir nicht selbst ins Reine kommen. ...

Das Reichskabinett führte in seiner Sitzung am Donnerstag die Beratung über die dem Reparationsagenten auf dessen Memorandum zu erteilende Antwort zu Ende. Sie soll bekanntlich am Sonntag veröffentlicht werden.

Wiederzusammentritt von Kammer und Senat in Frankreich. Die französische Kammer und der Senat haben Donnerstag nachmittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

Unter Sinuziehung des bisherigen Reichsfinanzkommissars Saemisch und unter Vorsitz des Reichsfinanzministers ist gegenwärtig eine Regierungskommission dabei, die Verwaltungsreform vorzubereiten. Wie der Reichsaussenminister in einer in Dresden gehaltenen Rede mitteilte, ist dabei das Ziel gestellt, vor allem den kostspieligen Leerlauf und die Hemmnisse zu beseitigen, die durch das Nebeneinander und Gegeneinander der Behörden entstehen, also eine rationelle Neuordnung der Zuständigkeiten. ...

tung und finanzielle Selbstverantwortung von unten her geschaffen, wie sie sich z. B. in der Schweiz und auch im Vorkriegsdeutschland bewährt hat. Böllige Vereinheitlichung ist kein Allheilmittel. Das Problem des endgültigen Finanzausgleichs und die Verfassungsfragen stehen somit wiederum zur Debatte. Aus diesen Zusammenhängen heraus ist auch die Forderung der süddeutschen Länder zu verstehen, daß der Gesetzentwurf über die Steuervereinheitlichung bis zur Vorlage eines neuen Finanzausgleichsgesetzes zurückgestellt werde.

Dieser Tage sind vom Kanton Basel-Stadt weitere Kredite zu Studienzwecken für die Rheinregulierung zwischen Rembs und Straßburg eröffnet worden, was aufs neue das große schweizerische Interesse daran zeigt. Zunächst wird der auf französischem Boden verlaufende sog. Rembskanal mit Kraftwerk, der die Steiner Schwellen umgeht, gebaut. Man hat sich deutscherseits mit dem Plan abgefunden, so das Hindernis der Steiner Schwellen, die mit jedem Jahre der Schifffahrt nach Basel größere Schwierigkeiten bereitet, zu überwinden. Als im Sommer das französische Parlament das Rembs Projekt genehmigte und dazu 65 Millionen Francs zur Verfügung stellte, hat die badische Regierung in einer Erklärung an den Landtag mitgeteilt, daß der Bau des Rembs Werkes für die Entscheidung der Frage, ob der Seitenkanal von Rembs bis Straßburg oder die von der Schweiz und Deutschland gewünschte Rheinregulierung ausgeführt werden soll, noch nichts besagt, weil nämlich das Rembs Werk für beide (von der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt bekanntlich genehmigten) Pläne, für die Regulierung wie für den Seitenkanal, notwendig sei.

An der Finanzierung des Rembs Werkes beteiligt sich auch das französische Département Oberelsaß. Die Konzession für den Bau ist von der französischen Regierung der bereits bestehenden „Société des Forces Motrices du Haut Rhin“ erteilt worden, die für diese Unternehmung eine Tochtergesellschaft (Energie Electrique du Rhin, usine de Rembs) bildet. Das Département Oberelsaß wird 1000 Aktien davon erwerben. Oberhalb von Märkt (Baden) wird im Rhein ein Stauwerk errichtet und oberhalb dieses Stauwerks zweigt der 5 Kilometer lange Kanal auf französischer Seite ab. Er wird dem Rhein eine Wassermenge bis zu 850 Kubikmeter entnehmen. Oberhalb des elsässischen Ortes Rembs wird das Kraftwerk mit Schleufe errichtet, worauf der Kanal wieder dem Rhein zugeführt wird.

In 5 bis 6 Jahren soll diese Rheinanstufe ausgebaut sein, durch die die Schifffahrt bis Basel weiter erheblich erleichtert wird. Nichts steht dem entgegen, in der gleichen Zeit auch den Rheinlauf von Straßburg bis Rembs nach dem Projekt der badischen Wasser- und Straßenbauverwaltung zu regulieren, so daß damit die Großschiffahrtstrasse bis Basel geschaffen würde. Freilich hat Frankreich das Projekt seines großen Seitenkanals, der von Rembs bis Straßburg auf französischem Boden weiterführen und den Rhein für die meiste Zeit des Jahres trocken legen würde, nicht aufgegeben. Das zeigt sich schon in dem einem Emissionsprospekt obengenannter Tochtergesellschaft beigegebenen Plan, der in punktierten Linien die Fortsetzung des Kanals nach Norden (Straßburg) andeutet. Frankreich hält sich somit die Möglichkeit offen, den Seitenkanal mit der ihm nach dem Versailler Vertrag allein zustehenden Wasserkraftnutzung zu bauen.

Man hat ähnliche Pläne, wie sie bei der deutschen Rhein-Main-Donau-Wassertrasse bestehen, man denkt nämlich an die Mitfinanzierung des Weiterbaues des Kanals durch die Erträge der Kraftwerke, von denen Rembs dann als das erste angesehen werden müßte. Der wegen des durchlässigen Bodens technisch sehr schwierige Bau des großen Rheinseitenkanals würde freilich sehr kostspielig werden und auch sehr viele Jahre in Anspruch nehmen. Seine Rentabilität und die Möglichkeit, durch Ausnutzung der Wasserkräfte diesen Kanalbau zu finanzieren, ist damit sehr in Frage gestellt. Im Gegensatz dazu ist die Rheinregulierung, die auch von schweizerischer Seite immer dringender gefordert wird, mit ungleich geringeren Mitteln und in viel kürzerer Zeit durchzuführen.

Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts

Unter dem Vorsitz des Reichsanzlegers fand am Donnerstag in der Reichskanzlei eine Besprechung über die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts statt. Der preussische Vorschlag, das preussische Oberverwaltungsgericht in dem in Berlin zu schaffenden Reichsverwaltungsgericht aufgehen zu lassen, und die Zuständigkeit dieses Reichsverwaltungsgerichts auch für die Sachen zu begründen, für welche bisher das preussische Oberverwaltungsgericht zuständig war, fand Zustimmung. Der Reichsminister des Innern wird gemeinsam mit allen beteiligten Stellen die noch erforderlichen Einzelberatungen vornehmen und alsdann einen neuen Gesetzentwurf vorlegen.

Die Besprechung wird neben der Neuordnung der Landesarbeitsämter als die erste größere Aktion des Ausschusses für die Verwaltungsreform bezeichnet, den die Reichsregierung unter Hinzuziehung des Sparkommissars aus Mitgliedern des Kabinetts eingesetzt hat. Weitere Verhandlungen über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts müssen noch nach zwei Richtungen geführt werden. Einmal sind noch Einzelberatungen mit den zuständigen preussischen Stellen über Detailfragen notwendig. Dazu kommen dann noch die Verhandlungen mit den übrigen Ländern, soweit diese Verwaltungsgerichte haben. Es ist anzunehmen, daß das Reichsverwaltungsgericht unverzüglich einleitet wird. Das Reichsverwaltungsgericht würde sich ferner auf den Kreis der Aufgaben des Gebietes erstrecken, die jetzt bei den Ländern liegen. Von der „Frankf. Ztg.“ wird der Beschluß als ein Schritt in der Richtung des Antitarismus bezeichnet und begrüßt.

Aus den Reichstagsausschüssen

Das Reichsschulgesetz

Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die allgemeine Aussprache über das Schulgesetz fort.

Abg. Fiechter (Soz.) erklärte, die schärfste Schulneuregelung sei noch vor dem Inkrafttreten der Verfassung vorgenommen worden. Sachsen müsse also als Simultanschulland anerkannt werden.

Abg. Schulz (Soz.) verwies auf den Entwurf von 1921, dessen erster Satz lautet: Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen. Gegen diesen Entwurf sei von keiner Seite des Zentrums auch nur der geringste Widerspruch laut geworden.

Abg. Schrad (Soz.) machte auf die ablehnende Haltung nicht nur der Opposition, sondern auch von Teilen der Regierungsparteien gegen den Reubellischen Entwurf aufmerksam.

Ein Vertreter des Landes Anhalt lehnte den Entwurf im allgemeinen ab.

Abg. Dr. Ewenstein (Soz.) ist der Meinung, daß der Abgeordnete Rheinländer die verfassungsmäßige Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule zugegeben habe.

Frau Abg. Dr. Däumler (Dem.) betont gleichfalls noch einmal die verfassungsmäßige Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule.

Staatssekretär Dr. Zweigert bezweifelt, ob es zweckmäßig sei, die Frage der Verfassungsmäßigkeit noch weiter zu vertiefen, da man nicht wisse, in welcher Gestalt die Vorlage Gesetz werde. Die Regierung behalte sich vor, sich in der Einzeldebatte bei den betreffenden Stellen darüber zu äußern. Die Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule erkennt der Staatssekretär an. Das komme aber auch im Entwurf zum Ausdruck. Den Ländern bleibe es unbenommen, in dieser Hinsicht das Nötige zu bestimmen.

Abg. Rheinländer (Zent.) tritt für die sittlich-religiöse Erziehung ein, die in der Volksschule die erste Stellung einzunehmen habe.

Darauf beantragte die Linke, die Sitzung, wie vereinbart, abzubereiten. Die Mehrheit beschließt jedoch, weiter zu tagen. Die Abgeordneten der Linken verlassen die Sitzung, ihre vorgemerkten Redner weigern sich, jetzt zu sprechen. — Daraufhin beschließen die übrigen Parteien, gegen den Protest der Linken, die Generaldebatte zu schließen.

Am heutigen Freitag entspann sich zu Beginn der Sitzung eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte über den gestern von der Mehrheit beschlossenen Schluß der Generaldebatte. Die Sozialdemokraten erklärten, der Vorsitzende, Dr. Mumm (Deutschn.), habe die Minderheit bergewaltigt. Die Debatte endete damit, daß die allgemeine Aussprache über das Reichsschulgesetz wieder eröffnet wurde.

Abg. Bienter (Soz.) verlangt von der Regierung endlich Auskunft, wie die Gemeinden die Mehrkosten decken sollen, die Millionen von Mark betragen würden.

Die Zuchthausstrafe

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages bekämpfte am Donnerstag Ministerialdirektor Dr. Bumbke vom Reichsjustizministerium den sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Zuchthausstrafe. Daß diese nicht entbehrt werden könne, ergebe sich schon daraus, daß die Gerichte jährlich noch rund 10 000 Zuchthausstrafen verhängen, obwohl sie in fast all diesen Fällen durch Zubilligung mildernder Umstände zu Gefängnisstrafen kommen könnten. Der Entwurf des Strafvollzugsgesetzes zeige, daß auch künftig noch deutlich zwischen Zuchthaus und Gefängnis unterschieden werden könne. Die Unterscheidungen möchten vielleicht dem in der Freiheit befindlichen geringfügig erscheinen, für den Gefangenen aber seien sie von höchster Bedeutung.

Ministerialrat Schäfer vom preussischen Justizministerium trat im Gegensatz dazu für Abschaffung der Zuchthausstrafe ein. Die Entwicklung gehe zur Einheitsstrafe hin. Im Strafvollzugsgesetzentwurf bestche der Unterschied zwischen Zuchthaus und Gefängnis nur noch in Kleinigkeiten. Praktisch bleibe nur noch die entehrende Wirkung der Zuchthausstrafe bestehen. Diese sei aber nach den Grundgedanken der Strafrechtsreform kaum noch erwünscht.

Nach weiterer Aussprache wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, das Zuchthaus abzuschaffen, abgelehnt. Ebenso wurde auch der sozialdemokratische Antrag auf Änderung des Wortes Zuchthaus abgelehnt. Dagegen wurde § 34 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Er lautet: „Freiheitsstrafen sind Zuchthaus, Gefängnis und Einsperrung.“

Zum Schluß wurde noch ein kommunistischer Antrag abgelehnt, wonach Zuchthausstrafe nur bei nachweisbarer ehrolofer Gefinnung verhängt werden dürfe.

In der heute, Freitag, fortgesetzten Beratung forderte Abg. Könen (Komm.) die Beseitigung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Diese sei gleichbedeutend mit dem Tode. Er beantragte weiter Abschaffung der Zuchthaus- und der Gefängnisstrafe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) verlangte gleichfalls die Beseitigung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe, zumal jetzt schon in jedem einzelnen Falle nach einer Reihe von Jahren geprüft wird, ob die lebenslängliche Strafe aufrecht erhalten werden muß.

Ein Vertreter des preussischen Justizministeriums gab bekannt, daß im Januar 1927 in preussischen Zuchthäusern 585 Gefangene lebenslängliches Zuchthaus zu verbüßen hatten, darunter 479, die zuerst zum Tode verurteilt und dann begnadigt worden waren. Nur 105 waren von vornherein zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und 560 fahen noch nicht länger als 10 Jahre, nur 7 länger als 15 Jahre, weiter 2 länger als 20 Jahre. Zumeist handelt es sich also schon um ursprünglich zum Tode Verurteilte. Ferner sei es tatsächlich eine Ausnahme, wenn ein Verurteilter länger als 15 Jahre sitze.

Der neue deutsche Botschafter in Washington

Die deutsche Regierung hat in Washington um das Agreement für den Botschafter v. Brittwitz und Gaffron als Nachfolger Maßbans nachgesucht, und man rechnet damit, daß die amerikanische Regierung in Kürze ihr Einverständnis erklären wird.

Von Brittwitz gehört der demokratischen Partei an. Der „Berl. Volant.“ hatte dem Außenminister vorgeworfen, er habe die Entscheidung vorweggenommen, obwohl von den Deutschnationalen wie auch vom Zentrum starke Bedenken geltend gemacht worden seien.

Von amtlicher Seite wird demgegenüber erklärt: „Die Ernennung der Beamten des Auswärtigen Dienstes erfolgt durch den Reichspräsidenten unter Gegenseignung des Reichsministers des Auswärtigen, ohne daß das Reichskabinet sich mit solchen Personalfragen zu befassen hätte. Die Nachsuchung des Agreements in Washington ist auch im vorliegenden Falle erfolgt, nachdem nach Rücksprache des Außenministers mit dem Reichsanzler die Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten eingeholt worden war. Eine Stellungnahme des Reichsministers ist weder nachgesucht worden, noch hat sich der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien mit der Frage überhaupt befaßt.“

Die geplante Konvention zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote

Das Redaktionskomitee der Konferenz für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote hat wie aus Genf gemeldet wird, den Entwurf einer internationalen Konvention fertiggestellt, die das Ergebnis der seit dem 17. Oktober geführten Verhandlungen zusammenfaßt.

Die Unterzeichner verzichten innerhalb sechs Monaten nach Inkrafttreten auf jede Beschränkung oder jedes Verbot der Ein- und Ausfuhr. Ausgenommen sind Beschränkungen im Verkehr mit Waffen, sowie solche, die aus hygienischen Gründen, zum Schutze nationalen Erbgutes oder zum Schutze von Regierungsmonopolen erlassen sind oder den Verkehr mit Gold, Silber und Wertpapieren regeln. Wo außerordentliche Verhältnisse zur Wahrung der Lebensinteressen des Landes Ein- und Ausfuhrbeschränkungen notwendig machen, sind sie zugelassen. Art. 6 bildet ein Kompromiß, da einzelne Staaten die Ansicht vertreten haben, daß unter den jetzigen Verhältnissen die gestatteten Ausnahmen nicht ausreichend seien. Infolgedessen sind einzelne Ausnahmen (Farbstoffe, Kohlen, Eisenwaren) zugelassen worden, die zeitlich begrenzte Gültigkeit haben. Sie sollen teilweise für drei Jahre, in anderen weniger wesentlichen Fällen für fünf Jahre zugelassen sein. Nach Ablauf dieser Frist kann jede Partei die Konvention kündigen, wenn diese Ausnahmen trotzdem weiter bestehen bleiben sollten.

Aber die Vorbehalte einzelner Staaten wird mitgeteilt:

Deutschland erklärt: 1. Falls die britische Delegation die gegenwärtig in Kraft befindlichen Beschränkungen für die Einfuhr von Farbstoffen aufrechterhalten sollte, macht die deutsche Delegation den Vorbehalt, daß die gegenwärtigen Ein- und Ausfuhrverbote für Steinkohle, Holz, Torf, Braunkohle und Briketts beibehalten werden. 2. Falls andere Länder Vorbehalte für die Ausfuhr von Abfällen von Eisen oder anderen Metallen machen sollten, wäre die deutsche Delegation gezwungen, die zur Zeit in Kraft befindlichen Verbote für Altsisen und verzinnete und verzinkte Eisenblechabfälle aufrechtzuerhalten.

Belgien macht folgende Vorbehalte: Abfälle von Eisen, Gußeisen, Stahl, Kupfer und Kupferlegierungen.

Die französische Delegation wünscht folgende Beschränkungen: 1. Ausfuhrverbote für Altsisen und Abfälle aller anderen Metalle und Legierungen. 2. Einfuhrverbote für Steinohle. (Dieses Verbot würde aufgehoben, wenn die im Gange befindlichen Verhandlungen mit Deutschland zu einer Einigung führen.) Eventuelles Ausfuhrverbot für Brotgetreide.

Die britische Regierung wünscht die Beibehaltung der Einfuhrverbote für die Farbstoffe und synthetische Produkte.

Italien macht seine Zustimmung zur Konvention davon abhängig, daß es seine Ausfuhrverbote für Brotgetreide, Eisenerz, Altsisen, Abfälle von Stahl, Gußeisen, Kupfer, Bronze und anderen Legierungen beibehalten darf.

Rumänien beabsichtigt die Beibehaltung des Ausfuhrverbotes für Rohpetroleum und Erze.

Die Vereinigten Staaten wollen das Ausfuhrverbot für Helium beibehalten. Ferner stellte die amerikanische Delegation fest, daß die Konvention nicht verbiete, Zolltarife aufzustellen, die dazu bestimmt seien, Dumpings und unlauteeren Wettbewerb zu unterbinden.

Keine Tarifierhöhung der Reichsbahn

Gegenüber Meldungen von einer geplanten Tarifierhöhung bei der Reichsbahn im Hinblick auf die bevorstehende Neuordnung der Beamtenbesoldung wird darauf hingewiesen, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn in seiner Sitzung vom 28. September, und zwar in Kenntnis der Beamtenbesoldungsvorlage der Reichsregierung, ausdrücklich beschlossen hat, im laufenden Jahre keine Tarifierhöhung vorzunehmen. Die Reichsbahn bindet sich also ausdrücklich nur für das laufende Kalenderjahr, da die wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres sich noch nicht übersehen läßt. Es wird aber in Berlin versichert, daß jedenfalls im gegenwärtigen Augenblick an eine Tarifierhöhung nicht gedacht werde.

Poljudski und der polnische Landtag

Der polnische Diktator Pilsudski hat den Sejm bis zum 28. November für vertagt erklären lassen. Am 28. November erfolgten die Mandate der Abgeordneten, und der Sejm muß aufgelöst werden, so daß Pilsudski wohl seine Absicht verwirklichen wird, das Budget einfach ohne Mitwirkung des Parlaments durch ein Dekret in Kraft zu setzen. Unter den Mitgliedern aller Parteien entstand eine unbeschreibliche Erregung. Es kam zu heftigen Angriffen gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Bartel.

Die Vertagung des Parlaments wird von der polnischen Regierungspresse mit Befriedigung aufgenommen. Der radikale „Kurjer Poranny“ meint, daß diese letzte Session nichts als eine Reihe fruchtloser, gegen die Regierung gerichteter Kundgebungen gebracht hätte. Das Pilsudski-Blatt „Glos Prawdy“ ist überzeugt, daß man im Sejm gelegentlich der ersten Lesung des Budgets ideo herumgedramt hätte, statt sachlich zu arbeiten. Gingen stellt der sozialdemokratische „Robotnik“ fest, daß die Regierung durch ihr Vorgehen das Rechtsgefühl und das Vertrauen der Demokratie gründlich untergraben habe, und dafür werde Polen die Jede bezahlen müssen. Die christlich-demokratische „Kozepolita“ warnt davor, die Verhältnisse in Polen mit denen Spaniens oder Italiens vergleichen zu wollen. Polen sei keine Halbinsel und könne sich deshalb weder eine Diktatur noch einen jahrelang währenden Kampf zwischen den staatlichen Gewalten gestatten.

Von den Besatzungstruppen sind Jbstein und Diez geräumt worden.

Zum Fall Fuchs wird jetzt aus Darmstadt gemeldet, daß der Oberreichsanwalt die Ausdehnung des Voruntersuchungsverfahrens auf Regierungsrat Fuchs, der sich auf freiem Fuß befindet, abgelehnt und lediglich die Einleitung eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens verfügt hat. Neue Verdachtsmomente gegen Fuchs haben sich nicht ergeben. Die Nachricht, daß bei der einen Verhafteten wichtige Geheimnisse gefunden worden seien, die sie von Regierungsrat Fuchs im hessischen Innenministerium erhalten habe und offenbar an die Franzosen habe ausliefern wollen, entbehren jeder Begründung.

Franklin Bouillon aus der Radikalen Partei ausgetreten. Franklin Bouillon hat, wie aus Paris gemeldet wird, seinen Austritt aus der Radikalen Partei erklärt. Er begründet den Schritt mit der ablehnenden Haltung des Radikalen Kongresses gegen die Fortsetzung der Politik der nationalen Einigkeit. Gleichzeitig legte er das Amt eines Vorsitzenden des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten nieder, weil die radikale Partei bedingungslos ein Bündnis mit den Sozialisten eingegangen sei. Die 2. Internationale habe sich verpflichtet, für die unverzügliche Räumung des Rheinlandes und für den Anschluß Österreichs an Deutschland einzutreten.

Kurze Nachrichten

Als Pressereferent für das Reichswirtschaftsministerium wurde der bisherige Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Pohl, gewonnen.

Keine Gegnerschaft Bayerns gegen die Besoldungsreform. In einem Teile der Presse ist behauptet worden, Bayern trete dafür ein, daß die Besoldungsreform falle, daß an ihrer Stelle lediglich bis auf weiteres die bisherigen Besoldungen weitergezahlt werden sollen, und daß damit die Besoldungsreform auf unabsehbare Zeit verschoben werde.

Auseinandersetzung mit dem Gothaer Fürstenhaus. Wie aus Weimar gemeldet wird, ist ein Abkommen zwischen dem Lande Thüringen und dem Gothaer Herzogshaus über eine friedliche und schiebliche Auseinandersetzung wegen des Gothaer Fürstentums von früheren Gothaer Herzog unterzeichnet worden.

Jorn von Sulachs „Wahrheit“. Nach einer vom „Tempo“ wiedergegebenen Meldung aus Straßburg, hat Baron Klaus Jorn von Sulach in seiner Zeitung „Die Wahrheit“ die Einstellung des Erscheinens dieses Blattes angekündigt, weil ihm das weitere Erscheinen des Blattes durch die scharfe Überwachung der Polizei unmöglich gemacht werde.

Ablehnung einer Annetie. Der österreichische Nationalrat hat die sozialdemokratischen Anträge auf Erlass einer Annetie für die an den Unruhen am 15. und 16. Juli Beteiligten abgelehnt. Die Debatte wurde stellenweise, besonders bei der Rede des Abg. Dr. Rajaja, teilweise stürmisch, als der Redner den Sozialdemokraten Terror in den Fabriken und im öffentlichen Leben vorwarf.

Noch keine endgültige Entscheidung über Gajdas Degradierung. Krager Meldungen über die Bestätigung der Degradation Gajdas und der vollständigen Restruktion seiner Pensionen durch den Disziplinarssenat des Ministeriums für Landesverteidigung treffen nach Mitteilungen von Krager zuständiger Seite nicht zu. Der Disziplinarssenat hat seine Beratungen noch nicht abgeschlossen und hat noch keine Entscheidung gefällt.

Ergebnisse der türkischen Volkszählung. Die Generaldirektion des türkischen Statistischen Amtes gibt das Ergebnis der allgemeinen Volkszählung vom 28. Oktober bekannt. Danach beläuft sich die Einwohnerzahl für die ganze Türkei, ausgenommen Stambul, auf etwas über 12 Millionen. Die Bevölkerung von Stambul wird auf 800 000 bis 1 Million geschätzt. Die Bevölkerung von Angora beträgt 74 784 Einwohner.

Der Bau eines Staudammes am Blauen Nil. Der „New York Times“ zufolge sind die Verhandlungen zwischen der ägyptischen Regierung und der New Yorker Firma J. G. White über den Bau eines Dammes am Ausfluß des Blauen Nils auf den Tana-See bereits so gut wie abgeschlossen. White beabsichtigt, den Damm mit seinem eigenen Gelde zu bauen und den Engländern das Recht für Bewässerungszwecke zu verkaufen. Die ägyptische Regierung soll einen Anteil an den Gewinnen erhalten und nach einer Anzahl von Jahren das Anrecht auf den Damm.

Badischer Teil

Der Wahlausweis zu den Vertrauensmännern wählen in der Angestelltenversicherung

Zu den am 18. November 1927 stattfindenden Vertrauensmännervahlen in der Angestelltenversicherung ist für die Versicherer die Versicherungskarte als Wahlausweis vorgeschrieben. Da die Versicherungskarte bei den Arbeitgebern verwahrt wird, bedarf es ihrer rechtzeitigen Aushändigung an den wahlberechtigten Angestellten. Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung der Wahl, und um zeitraubende Einzelabforderungen der Versicherungskarten vom Arbeitgeber zu umgehen, ist es zweckdienlich für den Arbeitgeber, die Versicherungskarten ohne besondere Anforderung an die wahlberechtigten Angestellten auszuhandigen. Hierbei sei noch auf § 181 des Versicherungsgesetzes hingewiesen, wonach gegen den Willen des Inhabers die Versicherungskarte nicht zurückgehalten werden darf.

Nagoldbahnausschüttung in Calw

Im Rathaus in Calw fand eine Sitzung des Nagoldbahnausschusses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Günbert von Forstheim statt. An die Reichsbahndirektion Stuttgart wird auf Antrag aus der Tagung das Ersuchen gerichtet, der Nagoldbahn künftig die Bezeichnung „Ostschwarzwaldbahn“ beizulegen, wie dies bereits bei der Donau-, Eng-, Brenz-, Tauber- und anderen Bahnen der Fall ist, die ebenfalls besondere Bezeichnungen führen. Der von der Schweizer Seite an den Nagoldbahnausschuss ergangenen Anregung zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Vertretung der beiderseitigen Interessen wurde grundsätzlich zugestimmt. Hinsichtlich des Ausbaues der Nagoldbahn ist von der Hauptverwaltung der Reichsbahn eine ablehnende Antwort auf die Entschließungen, die in einer Versammlung Ende September gefaßt worden sind, eingegangen.

Aus den Parteien

Landtagspräsident Dr. Baumgartner nimmt im „Badischen Beobachter“ Stellung zu Ausführungen des Abg. Oberregierungsrat Bauer, die dieser in der Versammlung des Badischen Lehrervereins in der Festhalle zu Karlsruhe am 28. Oktober, über Ausführungen, die Dr. Baumgartner in der 3. Tagung des Reichsschulsausschusses 1920 gemacht habe. Dr. Baumgartner stellt fest, daß ein Vertrauensbruch vorliegt, denn die Verhandlungen des Reichsausschusses seien ausdrücklich als vertraulich erklärt worden. Was ihn, Dr. Baumgartner, selbst betreffe, so habe er lediglich einen ihm von seinem vorgelegten Minister erteilten Auftrag torrett und loyal nach Wortlaut und Sinn der Instruktion ausgeführt. Er habe als Regierungsvertreter einen Auftrag auszuführen, nicht aber seine persönliche Meinung oder eigene Stellung als Parteipolitiker zum Ausdruck zu bringen. Als Politiker habe er sich stets als grundsätzlichen Anhänger der Volkspartei bekannt und habe stets den Standpunkt der Zentrumspartei vertreten.

Tagungen

Der Badische Handwerkerstag hält am 14. November 1927, vorm. 10 Uhr, im Tiergartenrestaurant Karlsruhe eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen ein Referat von Dr. Wilden, Düsseldorf, die Beziehungen des Handwerks zum Weltmarkt und von dem Präsidenten der Handwerkskammer Karlsruhe, Henmann, über „Die Hinterbliebenenfürsorge unter besonderer Berücksichtigung der Errichtung von Sterbekassen“.

Lohnbewegungen in Baden

Ausperrung der Tabalarbeiter Oberbadens. Die Tabalarbeiter der in Offenburg und Umgebung liegenden Zigarrenfabriken erhielten laut „Volksfreund“ ihre Kündigung zum 16. November.

Winter in Deutschland

In der Serie der „Deutschen Verkehrsbücher“, die von der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsberichter in Berlin herausgegeben werden, erscheint soeben die 3. Auflage der übersichtlichen Schrift „Winter in Deutschland“. Wie auch die übrigen Schriften dieser Sammlung zeichnet sich das vorliegende Werk durch eine übersichtliche Anordnung auf bestem Kunst- und durch vorzügliche Illustrationen aus. Die verschiedenen deutschen Winterportgebiete werden hier in prägnanter Kürze behandelt. Nach den bayerischen Alpen befindet sich ein größerer Abschnitt über den Schwarzwald, der mit seinen günstigen Geländeverhältnissen und den bis zu 1600 Meter ü. d. M. ansteigenden Höhen eine vorzügliche Gelegenheit zum Winterport und zu Winterkuren bietet. Auch hier sind die wichtigeren badiischen Winteraufenthalte vollständig vertreten, die Angabe der Unterkunftsverhältnisse erweitert diesen Führer, der besonders in der Auslandswerbung größte Beachtung finden dürfte.

Gemeinde-Rundschau

Rücktrittsabsichten des Oberbürgermeisters Dr. Walz. Aus Heidelberg meldet die „N. Bad. Landesztg.“, daß Oberbürgermeister Professor Dr. Walz in der Stadtratsitzung erklärt habe, er werde in nächster Zeit (wahrscheinlich mit Ablauf des Verwaltungsjahres, also am 1. April 1928) von seinem Amt zurücktreten. Dr. Ernst Walz ist gebürtiger Heidelberg und ist jetzt 68 Jahre alt. Er war von 1886 ab in Heidelberg zweiter Bürgermeister und wurde noch im gleichen Jahre erster Bürgermeister und 1918 an Stelle von Wilhelms Oberbürgermeister.

25 Jahre Stadtrat. Architekt Jakob Reibel in Mannheim kann dieser Tage auf eine 25 jährige Tätigkeit als Stadtrat zurückblicken. Reibel, der 71 Jahre alt ist, genießt in allen Bevölkerungskreisen hohe Beachtung. Mit der baulichen Entwicklung Mannheims ist sein Name eng verknüpft.

Gebührenerhebung auf der Autostraße Mannheim-Heidelberg. Der Beginn der Bauarbeit für die Autostraße Mannheim-Heidelberg muß, nachdem die Pläne fertig sind und die Notwendigkeit des Baues bei einem durchschnittlichen Verkehr bis zu 1000 Wagen nicht zu bestreiten ist, noch verschoben werden, da die Frage der Gebührenerhebung noch nicht geklärt ist. Die sich auf 5-6 Millionen Mark belaufenden Baukosten sollen durch diese Gebühren verzinst und getilgt werden. Das Reich gefallt auf Grund des Finanz- ausgleichs aber die Gebührenerhebung nicht, und es soll nur versucht werden, das Zugeständnis des Reichs hierfür zu erlangen, zumal es sich wohl nur um eine vorübergehende Einrichtung handelt, da die Angliederung durchaus möglich und auch ein Aufwachen mit der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Mailand nicht ausgeschlossen ist.

Der Bürgerausbau Jahr stimmt einer in das Wirtschaftsjahr der Stadt tief einschneidenden Frage der Schaffung einer Kanalisation durch Bewilligung einer Summe von 25 000 M für Vorarbeiten, nach lebhafter und zum Teil äußerst erregter Debatte mit 57 gegen 12 Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung, im Prinzip zu. Die Aufnahme eines Anlehens bis zur Höhe von einer Million wurde ebenfalls gutgeheißen.

Stahlhausbau der Ver. Stahlwerke. Die Ver. Stahlwerke wollen nun in Kürze die Massenerzeugung ihrer neuen Stahlwohnhäuser aufnehmen. Der vorläufige Arbeitsplan umfaßt 1500 Stahlhäuser jährlich; zur Zeit wird in Berlin für den Osten und in Weidenau im Siegerlande für den Westen fabriziert. Vorläufig werden drei Typen, und zwar Typ 1: Dreizimmerwohnhaus, Typ 2: Vierzimmerwohnhaus und Typ 3: Fünfzimmerwohnhaus hergestellt. Sämtliche Häuser sind mit den üblichen Nebenräumen, und zwar einer kleineren Kammer, Badezimmer usw. versehen. Das Dach ist ausbaufähig, bei den Fünfzimmerwohnungen können 2 Mansarden ausgebaut werden. Die Preise stellen sich auf 6 000, 8 000 und 10 000 M. Die erste Stahlhausfiedlung wird zur Zeit in Duisburg-Loar gebaut; sie wird in einigen Tagen bezugsfähig.

Die Wirtschaftlichkeit der Städteheizung

Auf dem jüngst in Wiesbaden abgehaltenen Kongress für Heizung und Lüftung sprach der Geschäftsführer der Hamburger Fernheizwerke, Dipl.-Ing. Margolis über die Heizung der Fern- und Städteheizung. Die Entwicklung der Städteheizung läge im Interesse der Abnehmer, um ihren Heizbetrieb besser, bequemer und wirtschaftlicher zu gestalten, im Interesse der Volksgesundheit, weil durch die Zusammenfassung der vielen Feuerstellen und dem Fortfall des Schornsteins die Rauch- und Kuhplage beseitigt würde und außerdem die Straßen und Gebäude von dem mit der Anfuhr der Brennstoffe und der Abfuhr der Asche und Schlacke unvermeidlich verbundenen Schmutz und Staub befreit würden, sowie im Interesse der besseren Erhaltung der Gebäude, die unter dem Einfluß von Rauch und Ruß litten. Durch Beheizung der vielen Feuerstellen würde außerdem die Feuersgefahr erheblich vermindert. Die Städteheizung führe endlich zur vollkommeneren Vennstoff- und Elektrizitätswirtschaft. Der Redner teilt weiter mit, daß das im Jahre 1921 mit einem Anschlußwert von 7 Millionen Wärmeeinheiten in Betrieb genommene Hamburger Fernheizwerk, dessen Anschlußwert heute 52 Millionen Wärmeeinheiten betrage, mit dem in zwei Zentralen erzeugten Dampf zunächst elektrischen Strom erzeuge und den Abdampf dieser Stromerzeugungsanlage den Gebäuden zur Heizung zuführe. Ganz allgemein müsse festgestellt werden, daß diejenigen Werke, welche den Heizdampf ohne vorherige Abnutzung zur Krafterzeugung in die Heizfernleitungen geben, nur dann wirtschaftlich seien, wenn die Ausdehnung des Leitungsnetzes verhältnismäßig klein sei; der Hauptwert sei auf Kombination von Heiz- und Kraftwerken zu legen.

Bücheranzeige

Ostalpen. 3. Band. Südtirol: Bozen, Meran, Dolomiten, Ortler, Adamello, Garfagnone. 13. Auflage. 1927. Mit 26 Karten, 5 Plänen und 6 Rundbüchern. In Leinen gebunden 9 M. Meyers Reisebücher. Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig. — Wohl zu den beliebtesten Führern für Reisen nach Tirol galt von jeher der dieses Gebiet behandelnde Teil von Meyers dreibändigen „Deutschen Alpen“, die unter Berücksichtigung der durch den Krieg veränderten Grenzen in neuer Einteilung unter dem Titel „Ostalpen“ erscheinen. Den beiden ersten 1928 herausgegebenen Bänden ist jetzt der langerwartete, das gesamte Alpengebiet Südtirols vom Brenner südlich bis einschließlich des Gardasees behandelnde dritte Band gefolgt. Auch er kann jedem Besucher des dem deutschen Herzen so nahegelegenen Südtirol als zuverlässiger und nutzbringender Führer bestens empfohlen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Colosseum Karlsruhe

Betrifft man jetzt durch einen neuen, bequemen Seiteneingang das hellbeleuchtete Colosseum, so ist der raumfüllendste Eindruck, den der vollständig umgeänderte Saal dem Auge bietet, in der Tat sehr stark. Nichts erinnert mehr an dessen veraltete Holzkonstruktion: aus dem Umbau scheint fast ein Neubau geworden zu sein, und jedenfalls ist dem leitenden Architekten Fritz Höpfer sowohl nach der künstlerischen wie technischen Seite eine vollgültige Lösung geglückt. Farbe Farbtonung der Wände läßt die Realfäche des Raumes viel größer erscheinen, obwohl sie durch notwendige Erweiterungen der Bühne an sich sogar etwas vergrößert werden mußte. Auch die Anordnung der Beleuchtungskörper trägt dazu bei, dem Interieur vornehme und klare Proportionen zu wahren, nicht minder bürgt die einheitliche Farbgebung von Bühnenrahmen und Zuschauerraum für eine geschlossene Gesamtwirkung. Über weitere Einzelheiten der Ausstattung ist neulich schon eingehend berichtet worden; es kann daher für heute die wiederholt erfreuliche Feststellung genügen, daß Karlsruhe nunmehr eine allen neuzeitlichen Anforderungen entsprechende, sehr geschmackvolle Hallenanlage besitzt, die auch für die besonderen Zwecke einer Kleinkunstbühne sich recht gut eignet.

Seit der festlichen Eröffnung vor acht Tagen spielt man dort Abend für Abend die Revue „Freut euch des Lebens“ nach Texten von Walter Rens und mit der Musik Emil Palmes. Wie so manche moderne Kinder der heiteren Muse bereiten die 22 Bilder viel Vergnügen und bringen in ihrer bunten Folge von Sprech-, Tanz- und Gesangsnummern genug Abwechslung. Die Hauptdarsteller sind vom lehrjähigen Gastspiel der bunten Tüte meist schon bekannt. Aus dem Solopersonal darf man indessen neben dem Autor der Revue, der als Jimmi Bluff die Hauptfigur spielt und zugleich der Conférencier des Ganzen ist, ruhig Alfred Nissen, Liefel Bidard und Eva Maria Martin sowie Fritz Randow, Franz Sid und Hermann Burdard nochmals nennen; lebhafter Beifall begleitet stets auch das Wiederauftreten der ungemein vielseitigen und beweglichen Gertha Loewe. Unter den Tanzdarbietungen stehen die Leistungen des russischen Paars Antonia Alimowa und Kasinski (vom ehemaligen Petersburger Hofballt) obenan, der übrige choreographische Teil beschränkt sich mehr auf die Vorführungen der Kostüme mit den üblichen Girl-Butaten. Da außerdem das von Werner Barré geleitete Orchester wirklich flott musiziert, ist im Verlauf des umfangreichen Programms mancherlei Grund zu lauter und anhaltender Heiterkeit gegeben. S. Sch.

Die koloniale Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe, in welcher die Kolonialgesellschaft, der Afrika- und Chinatriegerverein, der Marineverein, sowie der Frauenverein vom Roten Kreuz für Deutsche über See zusammengeschlossen sind, hielt dieser Tage ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Veterinärarzt Dr. Hammer, berichtete über die Notwendigkeit des Zusammenstehens, da es seiner Vereinigung mehr möglich gewesen sei, das finanzielle Risiko allein zu tragen. Der Zweck der Arbeitsgemeinschaft sei, die Erinnerung an unsere kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen in unseren früheren Kolonien im deutschen Volke nachzuhalten und auf die Notwendigkeit einer kolonialen Betätigung Deutschlands durch geeignete Vorträge, unter Ablehnung jeder Parteipolitik, hinzuweisen. Nach bescheidenen Anfängen sei es allmählich gelungen, Vorträge, zum Teil verbunden mit Filmvorführungen, in größerem Rahmen zu veranstalten. Nach dem Kassenbericht, erstattet durch den Schatzmeister V. Geiser, übernimmt die Arbeitsgemeinschaft eine kleine Reserve für Propagandazwecke in das neue Geschäftsjahr. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Von den kommenden Veranstaltungen findet die erste am heutigen Freitag im Konzerthaus, anlässlich des Gedentages von Tanga, statt. Es wird dabei der neueste, im Jahre 1926 aufgenommene Film, „Das Sonnenland Südwestafrika“ vorgeführt.

Warnung. Zur Zeit gehen wieder Anzeigen durch die württembergische Presse, welche Landwirte zwecks Gründung einer Genossenschaftsform in Kanada zur Meldung auffordern. Angesichts der schweren Mißerfolge, die deartige Versuche erst jüngst wieder in Kanada erlebt haben, hält sich das Deutsche Auslandsinstitut für verpflichtet, vor einer Wiederholung derartiger ausichtsloser Pläne eindringlich zu warnen.

Badisches Landestheater. In der Aufführung von Richard Wagner's „Liegende Götter“ am Sonntag, den 6. November, singt Frau Lilly Hagren die „Senta“. In den übrigen Rollen sind beschäftigt: Magda Strad (Mary), Karl Lauffötter (Steuermann), Wilhelm Rentwig (Erik), Josef Mühl (Holländer) und Dr. Hermann Bucherpfennig (Daland). Die musikalische Leitung dieser bereits in der vergangenen Spielzeit so erfolgreichen Oper hat Josef Krips. Das Werk wurde von Otto Krauß in Szene gesetzt. — Das II. Volks-Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters bringt am Montag, den 7. November, in der Festhalle in seinem Programm die „Satantala“-Overtüre von Goldmark, das Violin-Konzert E. ROLL von Mendelssohn, die Uraufführung der Overtüre zur Oper „Homo“ von R. A. Serd und die III. Sinfonie (op. 90) von Brahms. Als Solist Ottomar Voigt (Violine). Die Leitung hat Kapellmeister Rudolf Schwarz. — Nach einer einjährigen Pause wird das Staatliche Theater Karlsruhe am Dienstag, den 15. November 1927, abends 8 Uhr, im Städt. Konzerthaus wieder vor die Öffentlichkeit treten. Zur Aufführung gelangt das dreitägige Volksstück „s Testament“ von Julius Greber, das von dem Theater im September v. J. anlässlich des 7. Vertretertages des Hilfsbundes für die Elb-Lothringer im Reich mit glänzendem Erfolg gegeben wurde. Die Preise sind äußerst niedrig gehalten, so daß es jedermann, möglich ist, die Vorstellung zu besuchen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern zeitweise heiteres, trockenes und mildes Wetter. Die Temperaturen stiegen in der Ebene nahezu bis 20 Grad. Das Tagesmittel liegt bei etwa 12 Grad, 5 1/2 Grad über dem langjährigen Mittel. Auch auf dem Hochschwarzwald herrscht sehr mildes Wetter. Die Nachmittags Temperaturen erreichten dort sogar 17 Grad. Auf der Rückseite der großen vor der nordwestlichen Küste liegenden Bfklone hat einbrechende Polarluft zwischen Island und England eine Brücke zwischen dem Grönland und dem Festlandhoch geschaffen, die die bisherige allgemeine Wärmelufzufuhr vom Ozean nach Europa vorübergehend unterbricht. Außerdem hat das Festlandhoch seinen Schwerpunkt etwas nach Westen verlegt, während im Osten die skandinavische Bfklone ihren Einfluß nach Süden ausgedehnt hat. Wir müssen daher in den nächsten Tagen mit Übergang des bisherigen milden und meist trockenen Herbstwetters zu kühlerem und regnerischem Wetter rechnen. Voraussichtliche Witterung für 5. Nov.: kühler, noch zeitweise heiter und meist trocken, Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

B3. Buchen, 4. Nov. Die Getreidelagerhäuser Adelshelm, Vorberg, Buchen, Eubigheim, Rosenberg, Sennfeld, Schweigern, Berthelheim, Zimmern, Mudau, Ober- und Unterschönleng hielten dieser Tage hier eine Besprechung genossenschaftlicher Fragen ab und erörterten die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Getreide- und Warengeschäft, und die Lage auf dem Getreidemarkt.

B3. Wiesloch, 4. Nov. Die evangelische Kirche wird am kommenden Sonntag nach 4 1/2 monatiger Reparatur und Renovierung wieder in Gebrauch genommen werden. Die Empore ist durch Wegfall der inneren Treppe, für die ein Zugang von außen geschaffen wurde, vergrößert und die Beleuchtung wesentlich verbessert worden.

B3. Obenheim (bei Bruchsal), 3. Nov. Am Montag feierte Altbürgermeister Stricker in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. 9 Jahre bekleidete er das Amt eines ehrenamtlichen Gemeinderats und 18 volle Jahre war er Bürgermeister der Gemeinde.

B3. Aus dem Kraichgau, 3. Nov. Der Kraichgau, das Hauptgebiet der Eichorie für Baden, hat jetzt seine Eichorie-ernte beendet, wozu das günstige Herbstwetter sehr viel beitrug. In dem Preis, der in den einzelnen Ortschaften dafür bezahlt wurde, besteht kein großer Unterschied, er bewegt sich um 3,80 M pro Doppelzentner. Der Hauptabkäufer war die Firma Frank, Ludwigsburg.

B3. Durlach, 4. Nov. Auf das Preisausschreiben der evangelischen Kirchengemeinde für ein Gemeindehaus sind 14 Entwürfe eingelaufen. Fünf davon kamen in engere Wahl und drei wurden mit Preisen ausgezeichnet.

B3. Landau, 3. Nov. In einer Landauer Gastwirtschaft trat sich ein großer Zwischenfall in der französischen Besatzung zu. Eine Gruppe von betrunkenen französischen Offizieren provozierte die deutschen Gäste, so daß es zu Zusammenstößen kam.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Nov.		3. Nov.	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	163,71	163,05	166,73	169,07
Kopenhagen 100 Kr.	112,16	112,38	112,20	112,42
Italien 100 L.	22,865	22,205	22,865	22,905
London 1 Pf.	20,385	20,429	20,388	20,428
Reimbork 1 D.	4,1850	4,1930	4,1885	4,1965
Paris 100 Fr.	16,43	16,47	16,435	16,475
Schweiz 100 Fr.	80,69	80,85	80,71	80,87
Wien 100 Schilling	59,09	59,21	59,13	59,25
Prag 100 Kr.	12,405	12,425	12,411	12,431

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 1. November d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7696 pence.

Das Wachstum der deutschen Spareinlagen. Von den rund 20 Milliarden Mark, die Ende 1913 bei den deutschen Sparkassen gebucht waren, war am Ende der Geldentwertungszeit noch rund der 800. Teil übrig geblieben. Seitdem ist die Entwicklung folgendermaßen verlaufen: Dezember 1923 = 25,03 Millionen M, Dezember 1924 = 608 Millionen M, Dezember 1925 = 1269,1 Millionen M, Dezember 1926 = 3090,5 Millionen M.

Verschiedenes

Heinkel D 1220 nach den Azoren abgeflogen
W. B. Lissabon, 4. Nov. (Tel.) Das Heinkelflugzeug D 1220 ist heute vormittag um 6,15 Uhr nach den Azoren abgeflogen.

Schiffungslück in Australien

Der Pazifikdampfer „Tahiti“ hat bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Sidney (Australien) einen Fährdampfer des Hafendienstes gerammt und versenkt. Auf der Fährde befanden sich 150 Personen, meist Schulkinder, von denen etwa 15 ertrunken sind. Der Fährdampfer sank in wenigen Minuten.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stand vom 3. Oktober

Die Börse lag auch in dieser Woche unsicher und nervös. Die Befürchtung, daß eine Erhöhung der Privatdiskonttrate und im Anschluß daran vielleicht eine Verteuerung des offiziellen Reichsbankdiskontsatzes bevorstehe, war allgemein zu hören. Außerdem drückten die schwachen Auslandsbörsen, Geschwächt durch die früheren wiederholten Kursrückläufe, hielt sich Kullisse und Publikum außerordentlich zurück. So war die Haltung lustlos und flau. Die Rückschläge vollzogen sich auf allen Gebieten fast gleichmäßig. Unter dem Eindruck der Vorgänge an den Aktienmärkten verstärkte sich auch am Markt für Aufwertungsanleihe das Angebot und die Kurse gingen zurück. Erst nach der glatten Überwindung des Ultimos und des Zahlungstages hatte die Kullisse wieder mehr Bewegungsfreiheit, um so mehr, als die Geldmärkte etwas erleichtert waren. Die Tendenz wurde fester, blieb aber weiterhin unsicher. Das Geschäft war nach wie vor gering, da es an Unternehmungslust fehlte.

Geldmarkt. Infolge der starken Vordispositionen wurde der Ultimotermine glatt überwunden.

An den Produktmärkten gingen die Preise fast durchweg zurück. Das Angebot von Brotgetreide war größer geworden, insbesondere bei Weizen und Roggen. Die Nachfrage nach heimischer Ware hat nachgelassen. Im Mehlhandel blieb der Verkauf schwierig. In der Berliner Produktendörse notierten Weizen 245 (minus 3), Roggen 240 (minus 12), Sommergerste 266 (minus 1), Hafer 212 (minus 7) M je pro Tonne, und Mehl 34 1/2 (unb.) M pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. von 139,9 auf 139,4 gesunken. In der Textilindustrie besteht anhaltend gute Konjunktur. Der Großhandel äußert sich sehr zufrieden. Auch im Kleinhandel herrscht flottes Geschäft. Besonders der Absatz von mittlerer Ware für den Bedarf der breiten Masse der Verbraucher ist gut. Die langsamhaltende milde Witterung in diesem Herbst hat aber den Absatz von Winterware vielfach gehemmt. Die Konturindexziffer weist für Oktober zum erstenmal wieder eine Erhöhung auf.

Oeffentl. Sparkasse Freiburg i. Br.

(Städtische Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Schulden.	
	M		M
1. Verwaltungsgebäude	1,—	1. Kapitalschulden:	
2. Grundstücke	1,—	a) Spareinlagen	8 368 972,96
3. Kapitalien:		b) Giroeinlagen	1 327 030,07
a) Darlehen gegen Hypothek	5 659 874,60	c) Depositionseinlagen	1 025 811,82
b) Wertpapiere	114 777,—		10 721 814,85
c) Darlehen an inländische Gemeinden und Körperschaften	1 473 830,20	2. Rücklagen für den Haftpflichtselbstver.-Fonds:	
d) Darlehen gegen Faustpfand	3 487,—	a) Von früheren Jahren	8 000,—
e) Darlehen gegen Schuldschein	129 317,11	b) vom lauf. Jahr	4 000,—
f) Bankguthaben	2 778 462,23		12 000,—
g) Diskontierte Wechsel	240 284,67	6. Spezialrücklage für den Giroverkehr	50 000,—
4. Kontokorrent-Forderung	2 479 086,40	7. Geplante Rücklagen:	
5. Einnahmerückstände	51 171,08	a) Auf 31. Dez. 1925	200 531,32
6. Kassenvorrat	138 052,10	b) Auf 31. Dez. 1926	98 843,35
7. Zehnerstücke	1,—		299 374,67
Zusammen	13 068 345,39	Zusammen	13 068 345,39

Gewinn- und Verlustrechnung 1926.

Verlust.		Gewinn.	
	M		M
1. Auf Liegenschaften	606,—	1. Von Liegenschaften	4 316,40
2. Zinsen	649 865,05	2. Zinsen von Kapitalien:	
3. Verwaltungsaufwand:		a) eingegangen	999 970,97
a) Verwaltungsgebäude	16 201,56	b) rückständig	44 927,46
b) Beamte u. Angestellte	162 359,91		1 044 898,43
c) Sonstiger Verwaltungsaufwand	85 718,02	3. Gebühren	14 332,62
	264 279,49		
4. Sonstige Ausgaben	45 953,57		
5. Überschuß und zwar:			
a) Rücklage f. Haftpflichtversicherungsfonds	4 000,—		
b) Geplante Rücklage	98 843,35		
	102 843,35		
Zusammen	1 063 547,45	Zusammen	1 063 547,45

Freiburg i. Br., den 2. November 1927.

Oeffentliche Sparkasse (Städt. Sparkasse) Freiburg i. Br.

Sektion IV der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die Wahl des Sektionsvorstandes am

Donnerstag, den 15. Dezember 1927, vormittags 11 Uhr

im Sitzungszimmer des Mannheimer Bezirksvereins Deutscher Ingenieure in Mannheim, Friedrichsring 4, stattfindet. Sie kann eine Stunde nach ihrem Beginn geschlossen werden. Es sind zu wählen 5 Mitglieder des Sektions-Vorstandes und 5 Erfahrmänner auf je 5 Jahre. Der Wahlvorstand hat im Auftrage des Sektionsvorstandes und im Einvernehmen mit dem Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzenden Industriebezirke, dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens und dem Landesverband badischer Schlosser- und Mechaniker folgende Vorschlagsliste aufgestellt: G. 340.

a) Mitglieder:
 Dr.-Ing. ehr. Joseph Bröst in Fa. Daimler-Benz A.-G., Mannheim.
 Direktor Friedrich Fröber in Fa. Bopp & Reuther G. m. b. H., Mannheim.
 Dr.-Ing. ehr. Eugen Weiger in Fa. Weigerische Fabrik G. m. b. H., Karlsruhe.
 Schlosser-Obermeister Karl Daler, Karlsruhe.
 Fabrikant Heinrich Kaffenberger in Fa. Greiber & Cie., Freiburg.

b) Erfahrmänner:
 Fabrikant Heinrich Winterwerb in Fa. Winterwerb, Streng & Cie., Mannheim.
 Direktor Egon Kaufmann in Fa. Heinrich Lang A.-G., Mannheim.
 Direktor Otto Nagel in Fa. Bad. Eisengießerei und Maschinenfabrik, Durlach.
 Schlossermeister Ernst Blum, Karlsruhe.
 Direktor Georg Fahr in Fa. Maschinenfabrik Fahr A.-G., Göttingen.

Weitere Vorschlagslisten können von wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern, welche Mitglied unserer Berufsgenossenschaft sind, oder von Verbänden solcher Vereinigungen bis zum 17. November 1927 unter der Adresse Sektion IV der Süddeutschen Eisen- & Stahl-Berufsgenossenschaft in Mannheim, Prinz-Wilhelm-Str. 19, eingereicht werden. Hierbei ist § 22 der Wahlordnung zu beachten. Die eingereichten Vorschlagslisten können nach ihrer Zulassung bis zum 12. Dezember 1927 eingesehen werden. Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Die Betriebsverzeichnis- und zugehörigen Nummernlisten können ebenfalls an genannter Stelle bis zum 12. Dezember 1927 eingesehen werden. Etwaige Einsprüche gegen die Nichtigkeit der sich hieraus ergebenden Wahl- und Stimmabgabe sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Wahlvorstand einzureichen.

Der Wahlvorstand ist befugt, die Wahl- u. Stimmabgabe eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, weshalb es sich empfiehlt, einen Aus-

Druck G. Braun, Karlsruhe

Badisches Landestheater

Spielplan vom 5. November bis 15. November 1927

a) Im Landestheater:

Samstag, 5. Nov. * B 8. Th.-Gem. 1—100. Zum erstenmal: Zwölftausend. Schauspiel von Frank. 8—10 (5.—)

Sonntag, 6. Nov. Nachmittags: Außer Riete: Ein besserer Herr. Lustspiel von Lafontaine. 3 bis 5 (3.—).
Abends: * G 7. Th.-Gem. 3. SGr. (2. Hälfte). Der fliegende Holländer. Oper von Richard Wagner (Senta: Billy Hafgren a. G.). 7 1/2—10 (3.—).

Montag, 7. Nov. Volksbühne 2. Florian Geyer. Tragödie des Bauernkrieges von Hauptmann. 7 1/2 bis 9 (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, 8. Nov. * A 8. Th.-Gem. 1401—1550. Diebstahl. Musikdrama von Albert (Martha: Billy Hafgren a. G.). 8—10 1/2 (7.—).

Mittwoch, 9. Nov. 2. Vorstellung der Schülermiete: Robert Guisard von Meist. Hierauf: **Der zerbrochene Krug.** Lustspiel von Meist. Plätze aller Platzgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 6 1/2 bis 9 (5.—).

Donnerstag, 10. Nov. * D 9 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 101—200. Die verkaufte Braut. Komische Oper von Smetana. 7 1/2 bis 9 (7.—).

Freitag, 11. Nov. * F (Freitagniete). Th.-Gem. 1. SGr. Zwölftausend. Schauspiel von Frank 8—10 (5.—).

Samstag, 12. Nov. * G 8. Th.-Gem. 3. SGr. (1. Hälfte) Die Braut von Messina. Tragödie von Schiller. 8—10 1/2 (5.—).

Sonntag, 13. Nov. Nachmittags: Spiel im Schloß. Anekdote von Molnar. 3—5 1/2 (3.—).
Abends: * E 8. Th.-Gem. 501—600. Neuestudiert: Samson und Dalila. Oper von Saint-Saëns. 7 1/2—10 (8.—).

Montag, 14. Nov. Th.-Gem. 101—300. 3. Sinfoniekonzert. Solist: Edwin Fischer. 8—10 (4.—).

Dienstag, 15. Nov. Volksbühne 2. Florian Geyer. Tragödie des Bauernkrieges von Hauptmann. Plätze aller Platzgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 7 1/2 bis 9 (5.—).

b) Im Stadt. Konzerthaus:

Sonntag, 6. Nov. * Spiel im Schloß. Anekdote von Molnar. 7 1/2—10 1/2 (4.—).

Sonntag, 13. Nov. * Zum erstenmal: Weckend. Lustspiel von Coward. 7 1/2—10 (4.—).

Dienstag, 15. Nov. Gastspiel des Elfasischen Theaters: 3. Testament. 8—10 1/2 (3.50).

c) In der städt. Festhalle:

Montag, 7. Nov. 2. Sinfoniekonzert. 8—10 (3.—).
Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters

Freitag, 11. Nov., abend 6.15 Uhr: Dramaturgische Funktunde.
 Umtausch für Inhaber von Nachheften Samstag nachmittags 3 1/2—5 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6338. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fr. Müller, Ede Kaiser- und Kaiserstr. 388 und Heisebiers Hermann Weyle, Kaiserstr. 141, Tel. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Tel. 503.

weil hierüber mitzubringen. Bezüglich der Stimmzettel wird auf § 11 der Wahlordnung verwiesen.

Gehört bis zum 17. November eine weitere Vorschlagsliste nicht ein, so gelten die obengenannten Mitglieder und Erfahrmänner als gewählt und wird mit dem Ergebnis der Wahl ohne Stimmabgabe die Aufhebung des für die Wahlhandlung vorgesehenen Termins rechtzeitig bekannt gegeben.

Mannheim, den 31. Oktober 1927.

Der Wahlvorstand:
 Fröber, Vorsitzender

Badisches Landestheater

Samstag, 5. November 1927

* B 8 Th.-Gem. 1—100

Zum ersten Mal

Zwölftausend

von Frank

In Szene gesetzt von

Felix Baumbach

Bildet Alterer Bruder Dahlen

Jüngerer Bruder Brand

Herzog Graf

Minister von der Trenk Herzog

Gräfin Schulte

Oberst Müller

Anfang 8 Uhr Ende 10 Uhr

I. Rang und I. Sperrth

5 M

Sonntag, 6. November:

Nachmittags: Ein besserer

Herr. Abends: Der fliegende

Holländer (Billy Hafgren als Gast). Im Konzerthaus:

Spiel im Schloß. Mo. 7. Nov.:

Florian Geyer. In der Fest-

halle: 2. Volks-Sinfoniekong.

Ergebnisse der Alpen-

forschung macht

IV, 89 Seiten mit 24 Abb.

und 3 Tafeln

Preis broschiert 3,90 M

gebunden 4,50 M

Das ganze Werk ist auf

Kunstdruckpapier gedruckt

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Eisun-Betten

Stahlmatt. Kinderbetten

günstig an Private. Kat. frei

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

COLOSSEUM
 Waldstraße 16
 Telefon 5599
 Täglich
 abends 8 Uhr
 Die lachende
 Revue
**Freut euch
 des Lebens!**